

# Brauereiarbeiterzeitung

Organ für die Interessen der Arbeiter in der Getränke-Industrie  
Publikationsorgan des Zentralverbandes deutscher Brauereiarbeiter und verwandter Berufsgenossen

Erscheint wöchentlich am Sonnabend.  
Bezugspreis vierteljährlich 2,10 M., unter Kreuzband 2,70 M.  
Eingetragen in die Postzeitungsliste.

Verleger und verantw. Redakteur: Fr. Krieg, Lichtenberg-Berlin  
Redaktion und Expedition: Berlin S. 27, Schillerstraße 6  
Druck: Vorwärts Buchdruckerei Paul Singer & Co., Berlin SW. 68

Insertionspreis:  
die sechsgespaltene Kolonelleile 40 Pfg., für Mitglieder 30 Pfg.  
Schluß für Inserate: Montag Mittag 12 Uhr.

**Die gegenwärtige Krise in der Brauindustrie macht es jedem Arbeiter in der Brauindustrie zur Pflicht, sich zum Schutze seiner Interessen dem Brauereiarbeiterverband anzuschließen!**

## Arm, entrechtet und verachtet.

Der Wahlgesehntwurf der preussischen Regierung verweigert dem preussischen Volke das gleiche und geheime Wahlrecht. Die Wahl soll eine öffentliche bleiben und die Wähler sollen je nach ihrer Steuerleistung in drei Klassen eingeteilt werden, deren jede den gleichen Einfluß auf das Wahlergebnis haben soll. In dieser Klasseneinteilung und der Öffentlichkeit der Wahl will die Regierung unter allen Umständen festhalten, wie Herr v. Nolke im preussischen Abgeordnetenhaus verkündete. In der Kommission, der die Vorlage zur Beratung überwiesen ist, hat sich bereits eine Mehrheit für die geheime Wahl gefunden: mit 16 gegen 13 Stimmen wurde der Antrag auf Einführung des geheimen Wahlrechts angenommen. Ob die Regierung in diesem Punkte nachgeben wird, steht vorläufig dahin. Wahrscheinlich ist, daß das preussische Abgeordnetenhaus die geheime Wahl ablehnt und daß schon zwischen den beiden Landtagen eine Einigung nicht zustande kommt. Dann wird die Vorlage schon an dieser Klippe scheitern, was im Interesse einer möglichstst Ausdehnung der Wahlrechtsbewegung für ein wirklich volkstümliches Wahlrecht sicherlich zu begrüßen ist.

Ein volkstümliches Wahlrecht auf der Grundlage von Klassenwahlen ist unentbehrlich. Diese Klasseneinteilung involviert nicht allein die Entrechtung der Widerbesitzenden, sondern liefert sie zugleich der Verachtung aus. Es ist das natürliche Ergebnis jeder Klasseneinteilung, daß sie Bevorrechtete und Unterdrückte, Ehrenmänner und Hölle schafft. Die Ehrenmänner, denen der Wahlrechtsentwurf, denen der maßgebende Einfluß im Landtage gesichert bleiben soll, das sind ganze 294 000 erstklassige Wähler, die zum Grundbesitz und zur Hochfinanz gehören. Der Hölle, — „das Gelotentum“, wie Freiherr v. Mirbach im „Tag“ schreibt, das nach wie vor von der Mitwirkung an den Geschicken des Staates ausgeschlossen bleiben“ soll, — das sind 6 838 000 Wähler der 3. Klasse, — alles Männer, die das Staatsverbrechen begangen haben, nichts zu besitzen und nur von ihrer Hände Arbeit zu leben. Dafür werden sie als Staatsbürger entrechtet, als Wähler dritter Klasse kaltgestellt. Denn den Ausschlag geben bei der Wahl die Wähler zweiter Klasse, — die Wohlhabenderen, die es schon zu etwas gebracht haben, die Leute des kleinen Besitzes und der gesicherten Lebenslage. Rund eine Million (1 068 000) Wähler gehören nach der preussischen Wahlstatistik der zweiten Wählerklasse an. Etwas mehr als die Hälfte von ihnen reicht aus, um vereint mit den erstklassigen Wählern die ganze dritte Wählerklasse mundtot zu machen. Reichlich 800 000 Wähler können die übrigen knapp 6,9 Millionen überstimmen und damit jedes politischen Einflusses berauben. Das sind die Wirkungen des Dreiklassenwahlrechts. 3,81 Prozent erstklassige Wähler und 13,87 Prozent Wähler zweiter Klasse haben den doppelten Einfluß, als die 82,32 Prozent Wähler dritter Klasse. Neun Zehntel aller Wähler werden politisch ausgeschaltet, wenn das eine Zehntel der Reichsten und Wohlhabenderen sich einig ist, den anderen die Tür der Gesetzgebung zu verschließen. Und wenn es auch hier und da gelungen ist, die Brücke zwischen der zweiten und der dritten Wählerklasse zu schlagen — auf diese Weise wurde es schließlich sogar ermöglicht, 7 Sozialdemokraten zu wählen, so konnte dies doch nur ganz ausnahmsweise und unter jekten günstigen Voraussetzungen erreicht werden. Während die Konservativen ihrer Stimmengahl entsprechend nur 82 Mandate erhalten durften, hat ihnen dieses Klassenwahlrecht 212 und dem Zentrum statt 89 deren 104 zugesprochen; die Sozialdemokratie hätte gemäß ihrer Stimmengahl Anspruch auf 127 Mandate gehabt, — sie wurde mit 7 tatsächlich ausgeschaltet, und eines dieser Mandate wurde ihr obendrein durch einen Akt schäblicher Mandatsräuberei im Landtage aberkannt. Den Konservativen fehlen, dank diesem Wahlsystem, nur fünf Stimmen an der absoluten Majorität im Abgeordnetenhaus, die sie in den meisten Fällen leichterhand von den Antifemiten, vom Bund der Landwirte und von den Abhängigen des Zentrums erlangen. Den Gegnern des jetzigen Wahlrechtsentwurfs hätten nach ihrer Stimmengahl 327 von 433 Mandaten gebührt; in Wirklichkeit erhielten sie nur 217 Mandate, — 1 mehr als die Konservativen, Antifemiten und der Bund der Landwirte. So hat dieses Klassenwahlrecht also bewirkt, die wahre Stimmung des Volkes künstlich zu fälschen und Millionen von Staatsbürgern mundtot zu machen.

Wer aber sind diese Entrechteten, — diese Verachteten, die Geloteten, die der Regierung so staatsgefährlich dünken, um sie im Staatswesen als gleichberechtigt mitarbeiten zu lassen? Es sind die großen Massen der Arbeiter in der Stadt und auf dem Lande, in Industrie, Handel und Handwerk, im Bergbau, im Eisenbahn- und Schiffahrtswesen, die Arbeiter, die den bevorrechteten Klassen ihren Reichtum erst erarbeitet haben, der dazu ausreicht ist, die Schöpfer dieses Reichtums zu unterdrücken. In welcher enormer Weise diese Reichtumsvermehrung vor sich geht, konnte der Abgeordnete Strödel im Landtage an der Hand der Statistik der Ergänzungsteuer nachweisen. In Preußen verzeichneten 1 1/2 Millionen Jeniten ein Gesamtvermögen von 91 Milliarden Mark. Davon entfiel auf 144 000 Jeniten (knapp 10 Prozent) ein Vermögen von 55 Milliarden (60 Prozent), auf weitere 158 000 Jeniten (10 Prozent) ein Vermögen von 12 Milliarden (13,1 Prozent) und auf den Rest von 1,2 Millionen Jeniten (80 Prozent) ein Vermögen von 24 Milliarden (26,8 Prozent). Auf jeden der Reichsten entfällt durchschnittlich ein Vermögen von 392 000 M., auf jeden der an zweiter Stelle Genannten ein Vermögen von 77 000 M. und auf jeden der kleineren Jeniten ein solches von 20 000 M. Man nennt die Letzteren den wohlhabenderen Mittelstand. Wie wenig er gegen die Reichen und Reichsten auszurichten vermag, zeigt die Tatsache,

daß er nur etwa 1/4 des versteuerten Vermögens repräsentiert. Die Millionäre stellen die eigentliche Vormacht in Preußen dar, und diese Vormacht ist von unheimlich wachsendem Einflusse, denn das Vermögen der Millionäre stieg seit 1895 von 13,6 auf 22,6 Milliarden Mark. Jeder einzelne Millionär hat in dieser Zeit sein Vermögen um durchschnittlich 1 Million Mark erhöht.

Woher stammen diese Millionen? Haben diese Leute das Geld selbst erarbeitet? Nein, es stammt von der Arbeit des besitzlosen Volkes, — aus dem Schweiß der Arbeiterklasse, aus den Entbehrungen der Armen und Vermitteln ist es gemünzt. Millionen von Arbeitern müssen sich im Dienste der Junker und Industriebesitzer, der Grundbesitzer und Ackerbauern, unter der Bürde ihrer Arbeit zusammenbrechen, um dabei kaum des Lebens Nahrung und Notdurft zu verdienen. Millionen müssen ihre Frauen und Töchter, ihre unerwachsenen Kinder in die gleiche Dreimühle schiden, und noch immer reicht der Verdienst kaum zur nackten Lebenserhaltung. Millionen dieser Kernsten müssen sich in den schmutzigsten Arbeiterquartieren der Vorstädte und Industriedörfer, in den elendesten Katen und Baracken zusammenpressen lassen, ohne in Stande zu sein, ihren Kindern ein Stückchen Natur, ein bißchen Luft und Sonnenschein zu gönnen. Und Millionen dieser Armen und Elenden hat man lieber das wenige Brot und Fleisch, den Schlud Tee oder Kaffee, und schließlich selbst das letzte Zündholz veräußert, als daß man wagte, die Besitzenden zu höherer Erbschaftsteuer heranzuziehen.

Und nun der Dank für dieses mühselige und entbehrungsreiche Leben? Man wirft diese nützlichsten aller Staatsbürger, sie, die alle Werte schaffen, ohne deren Arbeit kein Staatswesen bestehen könnte, zu den Geloteten. Verachtet und entrechtet, das ist ihr Los, — das ist der Lohn für ihre Arbeit. Aber sie sind nicht die einzigen, die zur höheren Ehre der Besitzenden entrechtet werden. Hunderttausende von Kleingewerbetreibenden, Handwerkern, Kleinbauern und Angestellten müssen ihr Schicksal teilen. Das muß sie trösten, wenn es ein Trost ist. Denn alles, was nichts befreit, ist von vornherein politisch verächtlich und daher unwürdig, Mitkender des Staatswesens zu sein, das auch sie miterhalten müssen. Wie hat man nicht den kleinen Mittelstand in Wort und Schrift als staatsbehaltenden Faktor gefeiert! Das Klassenwahlrecht der Regierung zeigt den wahren Wert dieser Phrasen: es wirft den kleinen Mittelstand zu den „Geloteten“. Selbst öffentlich darf er nicht in den bevorrechteten Klassen seine Stimme abgeben.

Die Ausnahmen, die der Wahlrechtsentwurf für diese Klassen- teilung durch Emporhebung gewisser Wählerklassen vorsieht, ändern wenig am Stande der Dinge. Schon heute steht es so gut wie fest, daß das vorgezeichnete Einjährigen-, Militäranwärter- und Berufsbesitzprivileg keine Mehrheit im Landtage finden wird, weil bei diesen Schichten staatliche Verdienste und Belohnung in gar zu kräftigem Verhältnis stehen würden. Jede Emporhebung aber, die die wirklichen Verdienste um Staat und Volkswohlstand berücksichtigt, würde unabhängige und freigeistige Männer in die höheren Klassen bringen, die die Regierung für ihre Zwecke nicht brauchen kann. Jedes Pluralwahlrecht, wie immer es auch gestaltet sei, scheitert an dieser „Unzuverlässigkeit“ für die Zwecke der Reaktion!

Es zeigt sich, daß eine Reform des Dreiklassenwahlrechts ohne Beseitigung der Klasseneinteilung unmöglich ist. Keine geheime oder direkte Wahl und keine noch so gekünstelte Wählerberechtigung kann die brutale Ungerechtigkeit der Deklassierung ganzer Wähler- mehrheiten überwinden. Die Entrechtung bleibt im Prinzip wie in der Wirkung ganz dieselbe, gleichviel, ob ein Zehntel oder ob zwei Zehntel der Wähler die übrigen überstimmen. Und weil die Wirkung die gleiche bleibt, deshalb wird eine Reform, die die Klassenwahlen nicht beseitigt, auf die Stimmung der Massen des Volkes nicht den mindesten Einfluß haben.

Es ist eine Torheit, zu glauben, das preussische Volk werde sich beruhigen, wenn 10 Prozent seiner Wähler durch ein raffiniertes Ausleseverfahren zu zweiklassigen Staatsbürgern befördert werden. Gerade dies wird die Unzufriedenheit steigern, am meisten bei denen, die den Befördereten an wirklicher Bildung und wirklichen Verdiensten gleichkommen oder überlegen sind, denen aber durch diese künstliche Scheidung die Zurücksetzung und Deklassierung um so fühlbarer gemacht wird. Was als Milderung des Klassenwahlrechts auszuweisen war, wirkt tatsächlich als aufreizende Verschärfung desselben. Es gibt nur einen Weg, mit diesen Wirkungen aufzuräumen, — das ist die völlige Beseitigung jeder Klasseneinteilung, die Wiederherstellung des gleichen Wahlrechts, bei dem der Mann ohne Ansehen der Person gilt, — nicht aber der Selbstad, den er auf mehr oder weniger rechtliche Weise erworben hat.

Die Kommission des Landtages hat das gleiche Wahlrecht mit 15 gegen 11 Stimmen abgelehnt; 2 Nationalliberale erklärten nachträglich, sie würden ebenfalls gegen das gleiche Wahlrecht gestimmt haben. Diese Ablehnung zeigt, wie wenig vom gegenwärtigen Landtag ein gerechtes Wahlrecht zu erwarten ist. Eine solche Galtung der ausschlaggebenden Landtagsparteien kann nur von verhängnisvollem Einflusse auf die preussische Wahlrechtsbewegung sein. Sie muß das Volk an der Möglichkeit, eine parlamentarische Lösung der Wahlrechtsfrage zu finden, verabschieden lassen und zu Ausbrüchen der politischen Leidenschaften treiben, die sich nur schwer zügeln lassen. Es kann daher nicht laut und entschieden genug auf das große Maß von Verantwortung hingewiesen werden, das die Parteien auf sich nehmen, die sich so leichten Sinnes über die Forderung eines gleichen Wahlrechts hinwegsetzen. Keine Reform wird Ruhe im Lande schaffen, die noch die alte Klassen-

teilung in irgendeiner Form enthält. Die Wahlrechtsbewegung wird an Umfang und Leidenschaftlichkeit rapid zunehmen, sie wird die schwersten Krisen für das gesamte Staatsleben heraufbeschwören, so lange nicht die Fundamentalforderung eines gerechten Staatswesens erfüllt ist, ein gleiches Staatsrecht für alle Staatsbürger!

## Die Scharfmacher in Freiburg-Riegel und der christlich-gelbe Arbeiterverrat.

In der oberbadischen Brauindustrie ist infolge der Lohn- betrugung der Brauereiarbeiter ein Kampf entbrannt, der an sfer- pellosem Terrorismus der Brauereigewaltigen, gestützt durch den christlich-gelben Arbeiterverrat, seines gleichen sucht.

Zum 1. Oktober wurde der seit 1906 laufende Tarifvertrag gekündigt. Der gelbe „Bund“ und die „Christlichen“ gingen Hand in Hand und reichten gleich mit der Kündigung einen neuen Tarif- entwurf ein, denn im Tarifabschreiben besitzen diese Leute eine affenartige Geschwindigkeit. Die christlich-gelben Brüder warteten aber vergebens auf Antwort; und nun sollte durch eine öffentliche Versammlung im Ganterbräu eine solche von den Brauereien er- zwingen werden. Die Herren wären aber schon blamiert gewesen, wenn nicht die freigeorganierten Brauereiarbeiter den Saal gefüllt hätten. Ein Armutszeugnis blieb den Christlichen und dem gelben Bund durch diesen Besuch erspart, um so deutlicher wurde dem christlichen „Arbeiterführer“ Heinrich Kuhn von Strahburg gesagt, warum die freigeorganierten Arbeiter mit einem solchen Brüder- paar nicht gemeinsame Sache machen wollen und schon aus Meini- lichkeitsgründen nicht machen können. Darauf sollen nun der Bund und die Christen Antwort erhalten haben, aber von einer Unter- handlung war immer noch keine Rede, denn die freigeorganierten Arbeiter hatten ihre Tarifvorlage noch nicht eingereicht und so dachten die Brauereien, es hat keine Eile.

Nun dauerte es den Brauereien doch zu lange, bis sie beim Brauereiarbeiterverband und dem Maschinen- und Geizerbräu den neuen Entwurf erhielten, und es wurden die Vertreter dieser Organisationen am 29. November zu einer Vorbesprechung einge- laden. Bei dieser Unterhandlung stellten die Brauereien an die Vertreter der Arbeiter das Ansuchen, sie sollten sich in Anbetracht der „üblen“ Lage, in der sich die Brauereien befinden, mit dem alten Tarif und 1 M. Lohnerhöhung pro Woche begnügen. Diese Zumutung wurde von den Arbeitern in einer öffentlichen Ver- sammlung abgelehnt und der neue Entwurf eingereicht.

Am 28. Dezember 1909 fand dann die erste Unterhandlung statt, bei der die Vertreter der Brauereien vor allem ein Zusammengehen über die schlechte Lage der Brauereien anstimmten, um dann ihre gegenwärtigen Zugeständnisse zum Besten zu geben. Arbeitszeitver- kürzung könne keine Zugeständnisse werden. Ebenso müsse der Passus, daß am zweiten bzw. dritten Feiertag drei Stunden un- sonst gearbeitet werden müsse, bestehen bleiben. Was den Lohn anbelange, haben sie sich zu weiteren Zugeständnissen entschlossen, sie wollen jeder Kategorie 2 M. die Woche aufbessern, dagegen könne auf eine Bierabkürzung nicht eingegangen werden, sondern für die Mark, welche weiter aufgebessert worden sei, erhalte jede Kategorie ein Liter Bier pro Tag weniger, die Geizer sollten pro Tag zwei Liter weniger erhalten. In allen übrigen Punkten wollten die Brauereien keine Zugeständnisse machen, wenn man überhaupt von solchen reden kann, dagegen eine Reihe reaktionärer Bestim- mungen beibehalten bzw. einfügen und den Tarif nur auf fünf Jahre absetzen.

Die Brauereien würden nicht im Zweifel gelassen, daß es un- denkbar sei, daß die Arbeiter ein solches Angebot annehmen können, sie könnten dies viel eher als eine Verhöhnung auffassen.

Inzwischen legten sich nun die Brauereien in Dr. Wille einen Syndikus zu, der bei der zweiten Unterhandlung als eine Ein- leitung seine Jungferrede hielt, in der er die Notlage der Braue- reien in den schauerlichsten Farben vorführte und andererseits das große Entgegenkommen der Brauereien im rößigsten Maße zu schilbern veruchte. Man wurde bei Anhörung dieser Rede un- willkürlich dazu verleitet, in angenehme Stimmung zu verfallen. Aber, o jermum. Der Jurist kam bei jeder Zeile, die berlesen wurde, mehr zum Ausdruck, daß für selbstverständliche des sozialpolitische Empfinden um so weniger. Im Winterhalbjahr eine halbe Stunde Arbeitszeitverkürzung, weitere 50 Pf. mehr Lohn pro Woche für einige Kategorien und ein paar Tage mehr Urlaub, die man aber erst nach fünf Jahren Dienstzeit in vollem Umfang erreichen konnte, war alles, was die Brauereien vorgeben; zugeben zu können. Nicht nur unannehmbare Bestimmungen sollten bestehen bleiben, sondern auch noch ein sogenannter Wohlthatenparagraf zur Ver- ungerung aufgenommen werden.

Auch nach Schluß dieser Unterhandlung wurde den Brauereien bedeutet, daß die einzelnen Bestimmungen unmöglich angenommen werden können und keine Aussicht auf die Unterzeichnung vorhanden sei, wenn nicht auch den Bierführern und Hilfsarbeitern noch be- deutende Lohnerhöhungen gewährt werden.

Was jetzt war also nicht im geringsten ein Anlaß gegeben, die Unterhandlungen mit der freigeorganierten Arbeiterschaft abzu- brechen.

Aber es kam anders. Die Brauereien hatten es eilig, denn es wurde Zeit, den Bierpreis zu erhöhen, und da wollten man sich bor- her unter allen Umständen die Lohnbewegung vom Galse schaffen. Dazu bemühte man nun die gegnerischen Organisationen, und diese, jederzeit bereit, die Interessen der Arbeiter mit Füßen zu treten, ließen sich am 30. Januar auf dem Bureau des Syndikus einseifen, unterzeichneten einen Tarif, der außer ungenügenden Zugestän- nissen solche reaktionäre Bestimmungen enthält, daß es ein Schand- mal für ewig wäre, wenn eine freie Gewerkschaft ein solches Konstatum von Tarifvertrag unterzeichnen würde.

Nun, die Herren werden, nachdem sie eingeseift sind, später auch rasieren werden.

Die Brauereien haben aber gleich ein, daß die Unterchrift dieser christlich-gelben Brüderchaft nicht genügt und sie beglückten zuerst durch List, dann mit Gewalt, die Unterchrift von allen Ar-

behalten zu ergattern. Welche Mittel und Wege dazu gewählt wurden, darüber später.

Als es nun die Brauereien zu bunt trieben, ging auch den Arbeitern die Geduld aus, und es legten am 12. Februar früh in der Löwenbrauerei 47 Mann die Arbeit nieder.

Ob ihnen der Kampf, den sie rein probiert haben, gut kommt, wird die Zukunft lehren. Zugug ist fern zu halten.

Die Streikbrechergarde des Unternehmertums.

Den bisherigen Streikbrechertaten innerhalb des „Bundes Deutscher Brauereigenossen“ haben die Freiburger Bundesgenossen eine neue hinzugefügt. Am dem Verkauf der Arbeiter an das Unternehmertum genügt es ihnen nicht, sie schritten zur direkten Aktion in Diensten des Unternehmertums.

Wahrschäfer, Greiner und Niedinger

Auto fahren, nicht zum Vergnügen, sondern zum Streikbruch nach der Löwenbrauerei. Auch die Brauerei Ganter in Freiburg durfte nicht zurückbleiben, sie sandte einen früheren Brauereibesitzer und Vorstandsmittglied des Bundesvereins namens Neßm

als Streikbrecher nach der Löwenbrauerei. Wenn Arbeiter um ihr Wahlrecht, um ihre Existenz, um die Interessen des gesamten Brauerarbeiter kämpfen, dann fallen Mitglieder des Bundes, die Gruppen Siegers, denselben in den Rücken.

Den Bundesmitgliedern, die noch genügend Ehrgefühl im Leibe haben, müßte die Schamröte ins Gesicht steigen ob der Tatsache, daß sich alle jene Elemente in ihren Reihen zusammenfinden, vor denen jeder ehrlich denkende Arbeiter Abscheu empfindet; sie müssen jene Streikbrechergesellschaft unter sich lassen und aus dem Bunde ausschließen, dem die Streikbrecher das Schandmal aufdrücken.

Ein lehrreiches Beispiel.

Wie es die Brauerarbeiter allerorts nicht machen sollen, liefern die Kollegen in Weigenbrunn. Im Jahre 1907 wurde mit den Brauereien: Koch in Kronach, Leinert in Förschendorf und der Brauerei Gebr. Gambert in Weigenbrunn ein Tarifvertrag vereinbart, der ganz besonders für die Kollegen in Förschendorf und Kronach dem Verband treu blieben, glaubten die Kollegen bei Gambert in Weigenbrunn, daß sie es jetzt nicht mehr notwendig hätten, der Organisation anzugehören, und einer nach dem anderen trat aus.

Daß diese Dinge den Herren Gambert nicht unbekannt blieben, dürfte klar sein, und so kam es, daß der Tarifvertrag immer mehr und mehr umgangen wurde. Zunächst wurde die Mittagspause, welche laut Vertrag 1 1/2 Stunden betrug, um 1/2 Stunde gekürzt und dann abends 1 1/2 Stunden früher gemacht.

Den zweiten Streik leitete der Brauerei folgte der dritte. Im Tarif ist eine jährliche Lohnsteigerung um wöchentlich ein Mark vorgesehen, aber nachdem die Kollegen schon so gutgestellt waren, daß sie den Verband nicht mehr brauchten, folgerten die Herren Gambert ganz richtig, daß dann die Leute auch auf die Lohnsteigerung verzichten könnten, und sie bestanden nicht auf.

Es verlor sich nicht einmal, nachzuweisen, was die Kollegen nach dieser Methode „erspart“ haben. Im Betriebe sind 12 Brauerarbeiter, die pro Kopf wöchentlich 3 Stunden mehr arbeiten als im Tarif vereinbart, das sind 36 Stunden in der Woche. Diese 36 Stunden müßten pro Stunde mit 35 Pf. bezahlt werden, das macht pro Woche 12,60 RM, oder auf den Kopf 1,05 RM, im Jahre 52,50 RM. Die Lohnsteigerung um wöchentlich 1 RM hätte seit dem 1. Juli 1906 für diese 12 Arbeiter bis 1. Juli 1909 gleichfalls 52 RM pro Kopf betragen, und vom 1. Juli 1909 bis 1. Februar 1910 58 RM, da in dem letzten Zeitraum 2 RM pro Woche zu wenig gezahlt wurden. Die Kollegen haben also in der ganzen Zeit erspart:

Table with 2 columns: Description of savings and Amount. Rows show savings for 12 workers and for 1 worker, with a total of 2496,40 RM.

In Beiträgen hätten die 12 Kollegen, inklusive 5 Pf. Sozialbeitrag wöchentlich 660 RM oder in 86 Wochen 567,60 RM bezahlt; sie haben also durch ihren Austritt aus dem Verband seit 1. Juli 1909 einen direkten Schaden von 1928,80 RM gehabt.

Aber auch die 6 Bierfahrer waren, wenn auch für sie keine Nebenbedingung bezahlt werden, an der Lohnsteigerung beteiligt, und hätten seit 1. Juli 1906 bis 1. Januar 1910: 720 RM Lohnsteigerung erhalten müssen, die sie nicht erhalten haben. An Beiträgen hätten die 6 Mann in diesem Zeitraum 150,60 RM bezahlen müssen, so daß sie einen direkten Schaden von 569,40 RM haben.

Wahrscheinlich haben die Kollegen also seit 1. Juli 1908 dem Unternehmern 218,40 RM erspart und sich selbst um 2470,80 RM gebracht durch ihre Schamlosigkeit, die Beiträge zum Verband zu sparen. Der reine Verlust, nach Abrechnung der Sozialbeiträge, beträgt pro Kopf im Durchschnitt 137,25 RM.

Man darf sich nicht wundern an den Kopf, wenn die Kollegen in ihrer Unwissenheit aus dem Verband austreten, und sich in ihrer Unwissenheit und Dummheit nicht bloß selbst, sondern auch die übrigen Beschäftigten, bei denen dann auch der Verlust, die Nebenbedingung zu brechen, gemacht wird, dadurch zu dem Erfolg bringen. Unser Verband besteht auch ohne die Streikbrecher Kollegen. Wer den Schaden von der Gleichgültigkeit gegen die Organisation hat, habe ich hier schwarz auf weiß nachgewiesen.

Man darf sich nicht wundern an den Kopf, wenn die Kollegen bei Gambert nicht aufhören zu kämpfen, sondern wieder durch den Eintritt in die Organisation den Fehler gutzumachen suchen, und kann es dann gelingen sein, wie bei den Dingen, die hier geschildert sind.

Aber auch an anderen Orten gibt es viele Schamlose, die ihr Meinen nach etwas zu sparen durch den Austritt aus dem Verband. Das kann gut sein, wenn hier die Weigenbrunner Kollegen das Schandmal aufdrücken würde; das ist ihr eigener Schaden, wenn sie den Pf. ablagen, auf dem sie sitzen.

Gans Göt.

Bewegung im Berufe.

Lohnbewegungen. — Tarifverträge. — Differenzen.

Zugug ist fern zu halten nach Viehlich a. Rh., Marktbräu, Freiburg i. Br., Regel b. Freiburg und Bruchsal. Brauereien.

† Ochsenfurt. Erfolgsreicher Streik. Wie wir schon kurz berichteten, legten am 11. Februar sämtliche Kollegen der Brauerei Michel die Arbeit nieder. Die Ursache dieses Streiks war die Nichtinhaltung des Tarifvertrages und die Entlassung des Vertrauensmannes.

Herr Michel hatte bis jetzt die Gewohnheit, daß er auf Zuschriften und Beschwerden nicht reagierte. Einmal mußte er durch die Klagestellung eines Kollegen schon schwer blechen und auch die Kosten für den Rechtsanwalt bestreiten, aber gebeßert hatte ihn auch diese Lehre nicht. Anfang dieses Monats besuchte sich der Bezirksleiter im Auftrage der Kollegen wieder beifriedlich und verlangte die Einhaltung des Vertrags: wöchentliche Lohnzahlung, Bezahlung der Spour, die gesetzliche Sonntagsruhe. Als eine Antwort nicht einging, wurde der Bezirksleiter vorstellig. Wie gewöhnlich, war aber Herr Michel nicht zu sprechen. Im guten Glauben nun, daß hier vielleicht mit Hilfe des Braumeisters Remedur geschaffen werden könne, wandte sich Kollege Göt zu diesen. Aber hier kam er an die unrechte Schwiebe. In geradezu unbegreiflicher Aufregung polterte der Braumeister heraus, daß er nur einen Heber im Betriebe hätte und dieser müsse hinaus. Alle vorgebrachten Vernunftgründe änderten an der Absicht des Braumeisters nicht das geringste. Am Montag, den 7. Februar, wurde der Vertrauensmann entlassen. In Vertretung des Bezirksleiters unterhandelte Kollege Krämer-Münzberg, um die Wiedereinstellung zu erreichen, jedoch ohne Erfolg. Eine sofortige Arbeitsniederlegung ließ Kollege Krämer nicht zu, da er wegen des Tarifstreiks ohne den Bezirksleiter nichts unternehmen und dieser Schritt noch jeden Tag gemacht werden könne. Als aber am 11. Februar auch die Bemühungen des Kollegen Göt, eine Einigung herbeizuführen, an dem Widerstand des Herrn Michel und seines Braumeisters scheiterten, legten am Mittag die Kollegen einmütig die Arbeit nieder. Schon abends 9 Uhr konnte der Bezirksleiter berichten, daß die Unterhandlung mit Herrn Michel und dessen Braumeister mit vollem Erfolg beendet wurden. Es wurde die Wiedereinstellung des Vertrauensmannes und die Einhaltung des Tarifs durchgesetzt. Am Samstag wurde die Arbeit wieder aufgenommen. Aber so schnell verwindet eben mancher Braumeister den Groll nicht, und so gab es auch hier noch ein kleines Nachspiel. In dem für den entlassenen Vertrauensmann eingestellten Kollegen vermutete der Braumeister jedenfalls einen unorganisierten oder Bundeskollegen und als auch dieser eben eingestellte Neuling sich durch die Solidaritätsbezeugung als Verbandskollege entpuppte, mußte dieser Tat gerächt werden. Der Kollege wurde am 13. früh entlassen. Dagegen wäre nun weiter nichts einzuwenden, aber Herr Braumeister Schmiebsampl konnte seinen Rorn nicht mehr länger unterdrücken und ließ sich zu schweren Beleidigungen gegen den Kollegen hinreißen. Diese Unbesonnenheit mußte auf dem Sinnemant der Herr dadurch ausgleichen, daß er zehn Mark in die Lokalkasse des Verbandes für die Sektion Ochsenfurt herappen mußte.

Softentlich haben sich nun die Nerven des Braumeisters beruhigt und legt er den Arbeitern wegen des Verbandes nichts mehr in den Weg, dann wird sehr bald ein geordnetes Verhältnis zum Vorteile für beide Teile Platz greifen. Aber so klein dieser Streik auch war, so zeigt der Erfolg doch, daß dort, wo Einigkeit besteht, die Rechte der Arbeiter gewahrt werden können. Mit dem Maschinenisten, der sich im Betriebe immer als „Wimperwichtig“ aufspielt und der manches auf dem Kerbholz hat, werden wir zur gegebenen Zeit schon noch ein Wortchen reden, wenn er sein verächtliches Benehmen nicht ändert. Lobend erwähnen wollen wir noch, daß auch sofort die Steinarbeiter den Biergenuß von der Brauerei Michel einstellen, bis die Differenzen beigelegt waren.

† Regensburg. Streik und Tarifvertrag. Nach dreitägigem Streik in der Brauerei Giltl wurde der Tarif anerkannt und dadurch folgende Verbesserungen erzielt: Arbeitszeiterhöhung an Wochentagen von 3 Stunden täglich, an Sonntagen 2 Stunden; Bezahlung der Ueberstunden mit 50 bzw. 45 Pf. an Wochentagen, und 60 bzw. 50 Pf. an Sonntagen; Verhütung der Sonntagspaur und Bezahlung derselben mit 2 RM; Wegfall der Zwangsloft und Erhöhung des Lohnes um 12 RM wöchentlich für Brauer und 14 RM für Vierführer; Entschädigung bei militärischen Uebungen für 30 Tage, pro Tag 1 RM, und bei Krankheiten für 14 Tage die Differenz zwischen Lohn und Krankengeld. Bei Versäumnissen besonderer Art bis zu 1 Tag erfolgt kein Lohnabzug; ferner Urlaub ohne Lohnabzug von 3 bis 5 Tagen.

Die Kollegen dieser Brauerei gehörten früher dem christlichen Verband an; sie haben gesehen, daß dort ihre Interessen nicht vertreten werden können und sind zu unserem Verband übergetreten. Daß sie richtig gehandelt haben, zeigt der Erfolg der Lohnbewegung.

Malzfabriken.

† Bruchsal. Streik. In der Malzfabrik Schrag u. Söhne haben die Kollegen infolge Ablehnung der Tarifforderungen die Arbeit niedergelegt. Zugug ist fern zu halten.

Korrespondenzen.

† Schaffenburg. In der Generalversammlung vom 23. Januar gab der Vorsitzende, Kollege Grotz, den Jahresbericht bekannt. Aus demselben geht hervor, daß das Jahr 1909 in bezug auf Lohnbewegung, Schlichtung von Differenzen usw. verhältnismäßig ruhig war, wenn auch hier und da der Vorsitzende wegen allzu scharfen Vorgehens der Unternehmern des öfteren vorstellig werden mußte. Ein Tarifabschluß ist zu verzeichnen, und zwar in der Brauerei Rall-Joch vom Joh. Geiger, welcher ohne Kampf zu unseren Gunsten abgeschlossen wurde. Wegen Differenzen in der Bavaria-Brauerei mußte der Vorsitzende öfter in Aktion treten. Zu betonen ist noch, daß bei den ganzen Verhandlungen der Vertreter Herr Ebert seinen besonders arbeiterfreundlichen Sinn zeigte. Im übrigen haben die Unternehmern keinen Anlaß zur Bejammern der Organisation; wo dies der Fall war, wurden die Differenzen vom Arbeitsausschuß erledigt. Was die Entwicklung der Zahlstelle anbetrifft, so wurde auch im vergangenen Jahre derzuft, und zwar von christlicher Seite, Zerplitterungsstich zu treiben; diese wurde jedoch glänzend abgewiesen. Der Mitgliederbestand betrug am Schlusse des Jahres 1908: 126, heute beträgt er 137, also eine Zunahme von 11 Mitgliedern. Die Agitation erstreckte sich im Berichtsjahre auf die Orte: Gropshausen, Altingenberg, Mittenberg, Lohr und Stammersbach. In letzteren Orte konnte trotz aller Bemühungen kein Anfang gemacht werden. Die Geschäfte der Filiale wurden in 12 Mitgliederversammlungen, 10 Vorstandssitzungen und 8 kombinierten Sitzungen erledigt. Außerdem fand eine öffentliche Brauerarbeiterversammlung statt, in der Kollege Grotzleiter Schrag u. Söhne für a. R. referierte, und zwar über: Die Prüfung der Brauerarbeiterhöhung auf das Lohn- und Arbeitsverhältnis der Brauerarbeiter. Der Rosenbericht vom 4. Quartal war sehr bezeichnend, so daß an die Hauptkasse 66 RM abgezahlt werden konnten. Auch der Rosenbericht vom ganzen Jahre war ein guter zu nennen. Da der langjährige Kassier, Kollege Ernst Boserichs, gezwungen ist, wegen Arbeitsmangel den hiesigen Ort zu verlassen, wurde Kollege Brand gewählt. Der Bericht der Versammlungen des ganzen Jahres war kein guter zu nennen. Außerdem noch einige Wünsche und Anträge zur Sprache gekommen, folgend der Vorsitzende Grotz, mit dem Wunsch, daß sich die Kollegen recht zahlreich an der Agitation beteiligen, damit bis zum Schlusse des Jahres 1910 die Zahl 150 voll werde, die Zielsetzung.

Chemnitz. In der Versammlung am 23. Januar im „Volkshaus“ erstattete der Vorsitzende Kollege Goldammer seinen Tätigkeitsbericht sowie den Bericht des Agitationskomitees. Das abgelaufene Geschäftsjahr ist nach dem Bericht sehr arbeitsreich gewesen. In diesem Jahre wurden Tarife in folgenden Orten abgeschlossen: Wäsmisch-Brauhaus Frankenberg, Güntersdorf bei Frankenberg, Hof, Edelmann u. Schöbler, Chemnitz-Silbersdorf, Hof, Kurt u. Martin Weber, Aktienbrauerei Mittweida. Nach dem Bericht des Kassierers ergab die Jahresrechnung 10 207,75 RM, der eine Ausgabe von 8697,53 RM, gegenübersteht, die vorwiegend am Orte für Arbeitslosen- und Krankenunterstützung in Rechnung zu stellen ist. Kollege Melzer gab den Bericht über die Tätigkeit des Gewerkschaftsartells. Bei der Neuwahl wurde der Vorstand mit einer Ausnahme wiedergewählt, desgleichen die Kartellbelegierten. Zum Schluß forderte der Vorsitzende die Anwesenden auf, im neuen Jahre durch guten Besuchsbesuch und fleißige Mitarbeit ihn in jeder Weise zu unterstützen.

† Offen. In der sehr gut besuchten Generalversammlung vom 23. Januar gab zunächst der Vorsitzende den Jahresbericht. Aus demselben ist zu ersehen, daß ein arbeitsreiches Jahr hinter uns liegt. Es wurden zu den zwei bestehenden Tarifen noch zwei neue und zwei Nachtragstarife abgeschlossen. Auch leistete es viel Arbeit, die Innehaltung der Tarife durchzusetzen. Hierzu und zur Erledigung sonstiger Differenzen mußte man mit dem Gauleiter 22mal bei den verschiedenen Brauereien vorstellig werden. Ein großer Teil der Arbeit fällt aber auch auf die Agitation, die um? ja ein annehmbares Resultat brachte, wenn man mit den örtlichen Schwierigkeiten rechnet. Hierauf erstattete der Kassierer den Massenbericht vom vorigen Jahr. Die Einnahme betrug 3217,80 Mark, die Ausgabe 1591,71 RM, so daß 1626,09 RM, an die Hauptkasse abgeschickt wurden. Die Lokalkasse hat bei 674,88 RM Einnahme und 372,40 RM Ausgabe einen Bestand von 302,48 RM, wovon 250 RM bei der Gesellschaftsbrauerei in Augsburg angelegt sind. Die Mitgliederzahl ist von 131 zu Beginn auf 173 am Schlusse des Jahres gestiegen. Hierzu wäre zu wünschen, daß der Bestand der Mitglieder ein festerer würde, denn wir haben 61 Aufnahmen mehr zu verzeichnen als die Mitgliederzahl ausmacht. Natürlich ist hier auch ein Teil der Schuld der schlechten wirtschaftlichen Lage zuzuschreiben, da doch freitverdennde Stellen nicht wieder besetzt werden und uns hierdurch auch Kollegen verloren gehen. Bei der Neuwahl des Vorstandes wurde der alte Vorstand mit einer Ausnahme wiedergewählt.

Unter Verschiedenem wurden wieder berechtigte Klagen über einige Betriebe geführt und die Erledigung derselben dem Vorstand übertragen.

† Hamm. In unserer letzten Versammlung berichtete Kollege Braun über die im Laufe des Monats auf der Brauerei J. S. e. b. e. v. vorgekommene Entlassung. Unserer Ansicht nach waren nicht genügend Gründe vorhanden für eine derartige Maßnahme des Braumeisters. Nachdem der Kollege Braun schon mit dem Braumeister verhandelt, jedoch eine Wiedereinstellung nicht erzielt werden konnte (wohl sollte sofort ein von uns gestellter Kollege eingestellt werden, damit nicht gesagt werden könne, es ginge gegen das Koalitionsrecht der Arbeiter), befahte sich am Abend eine Geschäftsbesprechung mit dieser Angelegenheit, welche sich auf den Standpunkt stellte, daß der Bezirksleiter Brülling zu einer weiteren Verhandlung zugezogen werden, da sie in der Entlassung einen versteckten Angriff auf das Koalitionsrecht erblickte. Anderen Tages verhandelte auch die Kollegen Brülling und Braun nochmals die Sache beizulegen, bei welcher Gelegenheit es zu scharfen Auseinandersetzungen mit dem schon lange als Organisationsfeind bekannten Braumeister und der ihn bedenkenden Betriebsleitung der Brauerei „Jsenbed“ kam. Nachdem wir die Hindernisse, welche uns seitens dieser Brauerei in den Weg gelegt wurden, gebührend gekennzeichnet hatten, einigten wir uns dahin, daß wir auf eine Wiedereinstellung verzichten, jedoch müßte sofort ein Kollege von uns in Arbeit treten. Weiter gab Braumeister Jänke die Erklärung ab, niemals organisierten Kollegen etwas in den Weg zu legen, da es ihm ganz gleich sein könnte, wer organisiert ist. Weiter wollte der Direktor W. Jsenbed die Fälle mit dem Expedienten und den Bierfahrern vom letzten Frühjahr unterfragen und dem Expedienten jede Gegenagitation gegen den Brauerarbeiterverband im Betriebe und in seiner Eigenschaft als Vorgesetzter der Bierfahrer unterlagen, überhaupt sollte niemand in bezug auf die Zugehörigkeit zum Verband etwas in den Weg gelegt werden. Eine weitere Besprechung der Kollegen gab sich mit diesem Resultat zufrieden, jedoch werden wir ein wachsames Auge auf diesen Betrieb haben.

Kollegen der Brauerei „Jsenbed“, soweit Ihr bisher noch aus Furcht der Organisation fernsteht, ermannet Euch, werdet Mitglieder des Brauerarbeiterverbandes, denn man sollte meinen, nötig genug habt Ihr's. Auf der Brauerei „Mart“ alles im Verband, aber auch die Lohn- und Arbeitsverhältnisse geregelt. Und wer hat für Eure Zulage in den letzten Jahren gesorgt? nur die Organisation, denn auf jede Tarifeinreichung habt Ihr wieder etwas bekommen. Oder glaubt Ihr, das gute Herz der Unternehmer wäre es? Nein, nur die Furcht vor der Organisation, daß eventuell auch die Jsenbeder Kollegen von ihrem Schlaf erwachen würden. Darum, die Ihr noch fern und abseits steht, hinein in den Verband, zu Eurem aller Nutzen.

Die Jahresabrechnung ergab für die Hauptkasse 1908/10 100,00 RM, die Ausgabe, welche sich aus Unterstufungen usw. zusammensetzt, 603,02 RM; an die Hauptkasse abgeführt 793,08 RM. Die Lokalkasse hat mit Bestand an Einnahme 618,61 RM, an Ausgabe 100,05 RM, welche ebenfalls meistens für Unterstufungen ausgegeben wurden; der Bestand beträgt 518,56 RM. Der Mitgliederbestand stieg auf 61. Nachdem die Wahlen erledigt und auf die Urabstimmung aufmerksam gemacht worden war, forderte der Vorsitzende die Kollegen auf, an der in der nächsten Zeit stattfindenden Sausagitation rege teilzunehmen, um den letzten Mann der Organisation zuzuführen, daß in der kommenden Bewegung für die Kollegen das Beste geleistet werden kann, erfolgte Schluß.

† Heimbühl. Unsere Generalversammlung am 23. Januar war sehr gut besucht. Nachdem die Wahlen erledigt waren, gab der Kassierer die Quartals- und Jahresabrechnung bekannt. Eine Diskussion entwickelte sich über die Frage der Verschmelzung mit dem Mühlenarbeiterverband. Schließlich wurde noch ein Antrag angenommen, bei dem Hauptvorstand anzufragen, aus welchem Grunde die Zahlstellen die Abrechnung der Lokalkassen einschicken müssen.

(Um über die gesamten Finanzverhältnisse der Organisation und die Leistungen der Mitglieder und der Organisation: Einnahmen, Ausgaben, Unterstufungen und Vermögen, berichten zu können. D. Red.)

† Weiden. Unsere Generalversammlung, die sehr gut besucht war, nahm den Quartals- und Jahresabrechnung sowie den Bericht des Vorstandes entgegen. Die Jahresrechnung belief sich auf 4270,25 RM. Hieron wurden am Orte selbst herausgibt für Kranken- und Arbeitslosenunterstützung usw. 1903,15 RM; an die Hauptkasse wurden 2367,10 RM abgeführt. Aus dem Bericht des Vorstandes ist zu entnehmen, daß auch das verflossene Jahr ein ziemlich arbeitsreiches war. Die Geschäfte wurden erledigt in 11 Versammlungen, 12 Ausschusssitzungen und einer Anzahl Betriebsversammlungen. Zur Frage der Bierpreiserhöhung wurde ebenfalls in einigen kombinierten Sitzungen Stellung genommen und die Interessen der Brauerarbeiter insoweit gewahrt, daß die Brauerarbeiter sich verpflichteten, Arbeiter infolge Steigerung des Bierpreises bis zum 1. Mai 1910 nicht zu entlassen usw. Eine Lohnbewegung in der Brauerei Brandler brachte den Kollegen wesentliche Vorteile. Alles in allem können wir mit den Erfolgen im vergangenen Jahre zufrieden sein. Weitere Erfolge können wir erlangen, wenn wir nicht gemüßet und einig bleiben.

† Gropshausen. In der letzten Mitgliederversammlung, welche erfreulicherweise nicht nur von sämtlichen Mitgliedern, sondern auch von deren Frauen gut besucht war, hielt Gauleiter Rippel einen Vortrag über: „Arbeit und Kultur“. Der Vortrag

wurde mit regem Interesse verfolgt und allseitig der Wunsch geäußert, recht oft derartig bildende und beschreibende Vorträge halten zu lassen. Im weiteren legte Kollege Klippel die Gründe dar, welche für eine Verschmelzung mit dem Mühlenarbeiterverband in das Feld geführt werden, und kam zu dem Ergebnis, daß neben der immer größeren Konzentration des Kapitals auch eine solche der Arbeit geschaffen werden müßte und empfahl, für eine Verschmelzung zu stimmen. In der Diskussion sprachen sich denn auch sämtliche Redner für eine solche aus. Von Seiten der Kollegen von der Aktien-Brauerei wurde Frage über den zeitweise recht schlechten Gastrunk geführt, des weiteren über die Gast, mit welcher im Flaschenkeller gearbeitet werden muß, worüber die gewissenhafte Prüfung der Flaschen ins Hintertreffen komme. Von der Brauerei Marquardt teilten die Kollegen mit, daß dort noch sehr viele und nicht notwendige Arbeiten an Sonntagen verrichtet werden müssen, die mit den Bestimmungen der Gewerbeordnung kollidieren. Die Versammlung erwartete, daß die gerügten Mängel beseitigt werden.

**Münch. - Müllheim.** Unsere Generalversammlung tagte am 23. Januar. Geschäftsführer Kollege Huber gab zunächst die Abrechnung vom 4. Quartal und die Jahresabrechnung. Im 4. Quartal betrugen die Einnahmen 2488,80 Mk., die Ausgaben 1596,35 Mk.; an die Hauptkasse gesandt 902,45 Mk. Der Mitgliederbestand erhöhte sich um 33. Die Jahreseinnahmen betrugen für die Hauptkasse 9038,40 Mk., die Ausgaben 5742,45 Mk.; an die Hauptkasse gesandt 3295,95 Mk. Der Mitgliederbestand betrug Ende 1909 33, neu aufgenommen wurden im Geschäftsjahre 170, zugereist sind 89, von anderen Verbänden übergetreten 18, Abgang 107, blüht Bestand an Mitgliedern am Schlusse des Jahres 1909 453. Dem Kassenbericht folgte der Tätigkeitsbericht vom Geschäftsjahre 1909. Die Tätigkeit im Berichtsjahre war eine sehr vielfältige und ausgedehnte. Es fanden statt: 28 Vorstandssitzungen und Vertrauensmännerversammlungen, 6 Lohnkommissionen- bzw. Kartellsitzungen wegen der Lohnbewegung, 19 Versammlungen, 59 Geschäftsbesprechungen und 17 Hausagitationen. Wegen Nichtbezahlung des tariflich vereinbarten Lohnes mußte in acht Fällen eingeschritten werden, wegen 3 618 in drei Betrieben, ferner wegen Nichteinhaltung der tariflichen Arbeitszeit beim Einführen von Feierschichten in der Bier- und Brauerei. Darf, wozu 6 Verhandlungen nötig waren. In allen diesen Fällen wurde voller oder teilweiser Erfolg erzielt. In 21 Fällen mußte man wegen Entlassungen vorstellig werden; es kamen hierbei 24 Personen in Betracht. In 28 Verhandlungen gelang es, 15 Entlassungen rückgängig zu machen, in 6 Fällen wurden andere Kollegen von uns eingestuft. Auch auf dem Gebiete des Arbeitsnachweises wurde sehr viel geleistet. Es wurden insgesamt 102 Kollegen mit Existenz versorgt. In außerordentlichen Fällen mußte man 9 mal vorstellig werden. Eingänge an Korrespondenzen waren insgesamt 469, an Ausgängen 1453 zu verzeichnen.

In zwei obergärigen Brauereien wurde das Kost- und Logiswesen abgeklärt und die Lohn- und Arbeitsverhältnisse geregelt. Auch der zuzeit bestehende Bierkrieg, welcher für die Brauereiarbeiter nicht ohne Folgen geblieben ist und seine Erledigung immer noch nicht gefunden hat, verursacht viel Arbeit.

Die Diskussion ergab, daß die Verschmelzung mit der Tätigkeit des Geschäftsführers und der Ortsverwaltung zufrieden war.

Nach erfolgter Neuwahl des Vorstandes, bei welcher die alten Kollegen wiedergewählt wurden, forderte Kollege Strube die Anwesenden auf, auch im neuen Jahre in harmonischer Weise an dem weiteren Ausbau der Organisation zusammenzuarbeiten. Zu unserer Lohnbewegung gab Kollege Huber einen kurzen Bericht. Zunächst verlas er die vom Syndikus der Brauereivereinigung von Köln und Umgebung sowie die vom Syndikus des Rheinisch-Westfälischen Alkohol-Schubverbandes, Sitz Dortmund, eingegangenen Schreiben. Diese Schreiben lauten alle nach gleichem Schema. Es wird immer wieder auf die Bierpreisfrage verwiesen und darauf hingedeutet, daß die Brauereien nicht in der Lage wären, zwecks Lohn erhöhungen in Verhandlung zu treten, bis ein angemessener Bierpreis erzielt wäre. Es erwidert den Ansinnen, als wären die Brauereiarbeiter an der Gefährdung in der Bierpreisfrage schuldig. Die Lohnkommission werde in den nächsten Tagen zusammentreten und weitere Beschlüsse fassen. — Nachdem Kollege Huber noch seine persönliche Ansicht über die Verschmelzungsfrage gegeben, erfolgte mit einem Hoch auf den Verband der Schluß der gut verlaufenen Versammlung.

**Konstanz-Radolfzell.** Eine recht guten Besuches erfreute sich unsere Generalversammlung am 23. Januar in Radolfzell, ein Beweis, daß die Kollegen Interesse an der Organisation gewonnen haben. Kollege Koch-Ronitz gab zunächst einen Rückblick seit Gründung der Zählstelle im Jahre 1902 bis 1909. Trotz der schwierigen Verhältnisse in der schönen Bodenseegegend, wo die Geschäftigkeit in Gemeinshaft mit den Unternehmern mit allen Mitteln bestrebt, den Kollegen den Beitritt zum Verbands zu berechnen, ist es doch gelungen, eine Anzahl der Organisation zuzuführen und seit 1902 bessere Verhältnisse zu schaffen. Im verfloßenen Jahr fanden 14 Versammlungen statt, Betriebsversammlungen 4, Sitzungen 2. Eine Versammlung hatte sich mit den Mischständen in der Sternbrauerei, Gottmadingen, zu beschäftigen. Die Korrespondenz wies 179 Eingänge und 213 Ausgänge auf. Die Einnahmen und Ausgaben bilanzieren mit 1331 Mk. Von den Ausgaben seien erwähnt: Unterstützung an Arbeitslose 112,60 Mk., an Kranke 41 Mk., an Gemahregelte 146,40 Mk., außerordentlich 25 Mk. In der Diskussion wurde die Tätigkeit der Ortsverwaltung anerkannt. Klagen wurden geführt über den Buchhalter Fuchs der Löwenbrauerei Ruppauer und den Oberburschen der Hölzbrauerei, Radolfzell. Nach erfolgter Wahl ernannte Kollege Koch, auch im neuen Jahre in der Agitation nicht zu erlahmen und unermüdet zu arbeiten an dem Ausbau der Organisation und Erhöhung ihrer Schlagfertigkeit, der Verrückung des Indifferenzismus und Schulung der Mitglieder zu disziplinierten Gewerkschaftlern. Daran sollte jedes Mitglied arbeiten bei sich selbst und bei anderen.

**Aulmbach.** Unsere diesjährige Generalversammlung war sehr gut besucht. Kollege Goller erstattete den Geschäfts- und Kassenbericht. Aus demselben war zu entnehmen, daß das abgelaufene Jahr ein ruhigeres gegenüber den Brauereien war als seine Vorgänger. Goller deutete dies dahin, daß nunmehr die Kollegen mehr auf sich selbst herausgehen und die Verteidigung ihrer Rechte mehr selbständig führen. Der Kassenbericht der Hauptkasse formte wie der der Lokalkasse lag den Kollegen verbietlich vor. An Einnahmen der Hauptkasse waren zu verzeichnen 7474,45 Mk., wovon eine Ausgabe von 3024,97 Mk. gegenübersteht, so daß an die Zentralkasse 3849,48 Mk. gesandt wurden. An Krankenunterstützung wurden im Geschäftsjahre bezahlt 1629 Mk., Arbeitslosenunterstützung 175 Mk., Sierbegeld 185 Mk. Außerdem wurden noch aus der Lokalkasse 43 Mk. Arbeitslosenunterstützung, 45 Mk. für Notleidende und 10 Mk. für einen Invaliden bezahlt. Der Geschäfts- und die Kassenberichte wurden einstimmig für gut befunden. Als Sekretär wurde wieder Kollege Goller gewählt. Zu großer Enttäuschung führte das Vorgehen der beiden Direktoren Walter und Baumgartner von der Nitzbrauerei. Die Vertrauensmänner hatten beschloffen, einmal eine Bierprobe von unserer Brauerei in Augsburg vorzunehmen und ließen sich zu diesem Zweck ein Getkoliter von Augsburg kommen. Dieses Bier wurde nun von sämtlichen Kollegen im Vereinszimmer des Kollegen Schubert, welcher eine Wirtschaft in Pacht von der Nitzbrauerei inne hat und auch dort als Rajchmist tätig ist, getrunken. Die Direktoren bekamen Wind von dem Frevel, und die Frechheit unserer Kollegen sollte, obwohl der Kollege Schubert dabei gar nicht in Frage kam und das Bier vollständig ispiert von dem der Nitzbrauerei getrunken wurde, bestraft werden. Dem Kollegen Schubert wurden nun 9 Mk. 90 Pf. als Strafe von seinem Lohn in Abzug gebracht. Herr Direktor Walter soll dabei erklärt haben: Wenn uns das Aulmbacher Bier nicht schmeckt, sollen wir Hund... laufen. Daß bei diesen Äußerungen gerade nicht Schmeicheleien gegen die Nitzbrauerei ausgeführt wurden, dürfte jedem klar sein. Es wurde dabei auch

angeführt, daß eine Menge von Wirten Münchener, Bilsener und Augsburgener Bier beziehen und angefragt, warum denn diese unbestraft bleiben. Aber auch die Mitglieder der Zählstelle lassen sich durch solches Vorgehen dieser Direktoren nicht vorführen, welches Bier sie trinken sollen und müssen. Kollege Goller richtete dann noch einen scharfen Appell an die Versammelten zur Organisation, wobei er auf die Zukunftsruhm und die Organisation der Unternehmern hinwies, und schloß dann die imposante Versammlung.

**Memel.** In unserer Generalversammlung am 23. Januar sprach Kollege Hähnlein über die Frage der Verschmelzung mit dem Mühlenarbeiterverband und die Notwendigkeit eines Lebens- und Genusmittelarbeiterverbandes. Zuerst soll der Mühlenarbeiterverband mit dem Brauereiarbeiterverband verschmolzen werden, weil die Arbeiter beider Gruppen Getreide verarbeiten, die eine zu Genus, die andere zu Nahrungsmitteln. Kollege Greifschuß war der Meinung, daß richtiger wohl erst die Wäcker mit den Mühlenarbeitern zusammengehen, auch wegen der finanziellen Frage, weil im Mühlenarbeiterverband viele Arbeitslose vorhanden sind, und in unserer Zählstelle hat sei 10 Jahren keiner Arbeitslosenunterstützung bezogen. Alsdann verlas der Kassierer die Abrechnung von 1909, deren Richtigkeit die Revisoren bestätigten. Vorstand und Revisoren wurden wiedergewählt. Es wurde beschloffen, am 26. Februar unser zehnjähriges Stiftungsfest zu feiern.

**Minden.** Unsere Generalversammlung am 23. Januar war außerordentlich gut besucht. Den Jahresbericht erstattete der Vorsitzende Bierwagen. Hieraus war zu entnehmen, daß die Arbeiten sehr umfangreich und besonders bei der Tarifbewegung sehr zeitraubend waren, da die Arbeitgeber alle erdenklichen Schwierigkeiten gemacht hätten. Nach dem Abschluß haben sich hier eine Reihe von Verhandlungen notwendig gemacht, die teils durch die Arbeiterausschüsse sowie auch durch die Bezirksleitung erledigt werden mußten. Einige frichtige Punkte schweben heute noch, es müßte alles daran gesetzt werden, dem abgeschloßenen Verträge Geltung zu verschaffen. Die Mitglieder hätten sehr wider der Bierpreisbewegung und der ungünstigen Konjunktur leiden müssen, fast das ganze Jahr seien Feierschichten eingelegt, es wäre sehr erwünscht, daß die Brauereien endlich davon Abstand nehmen. In der Agitation hätte allerdings mehr getan werden können, es habe aber vielfach an der tätigen Mitwirkung der Kollegen gelegen, daß nicht mehr erreicht worden sei. Bei den Brauereiarbeitern sei der Anfang gemacht, hier müße weiter gearbeitet werden, auch in der Umgebung sei noch sehr viel zu tun. Hoffentlich seien wir im nächsten Jahre in der Lage, über bessere Resultate berichten zu können. Denn wenn sich jeder in den Dienst der Sache stellt, wird es gewiß gelingen. Die vorgekommenen Differenzen wurden meistenteils zu unseren Gunsten erledigt. Nur in Wüdeburg ist eine unerledigt geblieben. Der Versammlungsbesuch ließ sehr oft zu wünschen übrig; im nächsten Jahre muß es besser werden, wollen wir den an uns gestellten Anforderungen gerecht werden.

Den Kassenbericht gab der Kollege Mehrings. Danach betrugen die gesamten Einnahmen 1980,30 Mk., die Ausgaben 749,76 Mk., so daß an die Hauptkasse 1230,54 Mk. abgeführt werden könnten. Die Mitgliederzahl betrug am Schlusse des Quartals 73. Dem Gesamtvorstand wurde Entlassung erteilt.

Nach Erledigung der Vorstandswahl entspann sich eine längere Debatte über einen Antrag der Wüdeburger Kollegen, sich der Zählstelle Stadthagen anzuschließen. Grund dazu sei, bessere Verbindung mit der organisierten Arbeiterschaft in Stadthagen herbeizuführen. Beide Kartellvorsitzende, Genosse Schatz-Minden und Kreft-Stadthagen gaben ihrer Meinung Ausdruck; nach langer Auseinandersetzung wurde die Berechtigung des Antrages, der Wüdeburger Kollegen anerkannt und derselbe fast einstimmig angenommen.

Darauf hielt Bezirksleiter Kollege Brülling-Dortmund einen sehr beifällig aufgenommenen Vortrag über: „Die Gefahren der neuen Steuererhebung für die arbeitenden Klassen.“ Besonders am Schlusse auf die augenblickliche Situation in unserem Gewerbe hinweisend, daß die Arbeitgeber bestrebt seien, einen großen Teil der ihnen durch den schwarz-blauen Blochreichtag auferlegten Lasten auf ihre Arbeiter abzuwälzen, das haben zur Genüge die vielen Feierschichten bewiesen. Hiergegen könne nur eine zielbewusste Organisation mit Erfolg etwas erreichen, es sei daher dringende Pflicht eines jeden einzelnen Kollegen, aufklärend bei den Indifferenten zu wirken, damit die Organisation gestärkt würde. Auch die kommende Lohnbewegung verdiene schon heute die notwendige Beachtung, die Arbeitgeber an Orte hätten es schon durchblinden lassen, daß an ein Entgegenkommen bei der diesjährigen Bewegung kaum zu denken sei, trotz der großen Minderständigkeit der Löhne. Wir dagegen glauben bestimmt, ein Anrecht auf weitere Verbesserungen zu haben, besonders wenn man in Betracht zieht, welche Vorteile gerade den Brauereien bei der Bierpreisbewegung zuteil wurden. Von diesem Gesichtspunkte aus müßte unsere Bewegung geleitet werden, dazu gehöre eine gute Organisation, um all diese Aufgaben in diesem Sinne erledigen zu können. Deshalb auf, zu eifriger, tätiger Mitarbeit!

**München. Aus der Gaderbrauerei.** Am 18. Januar 1909 ist in der Münchener Brauereien der jetzige Tarif in Kraft getreten. Der Vertrauensmann N. hat kurz darauf den Braumeister Müller interpelliert und ihn auf die Verstöße gegen den Tarif aufmerksam gemacht im Namen und im Interesse seiner Kollegen. Bei der dritten Besprechung, die er nur in Form einer Anfrage stellte, wurde N. sofort entlassen mit der Motivierung, daß er schon längst in der Brauerei nichts mehr zu suchen hätte. Die Organisation erblickte in dieser Entlassung eine Maßregelung und hat das Gewerbegericht als Einigungsamt tarifgemäß angerufen. Bei der Verhandlung am 20. Februar 1909 erklärte der Direktor Barth, die Entlassung sei korrekt, denn als Vertrauensmann der Organisation hätte N. kein Recht, Beschwerden zu führen. Braumeister Müller hat sich dem Gericht als freibewerbender moderner Braumeister vorgestellt und gemeint, das Maß bei N. sei bereits voll gewesen, denn er als Braumeister und die übrigen Vorgesetzten hätten nicht mehr gewußt, wer Herr im Hause sei. Der freibewerbende moderne Braumeister behauptete ferner, daß N. um 50 Proz. weniger arbeitete wie ein anderer Arbeiter, und nennt als Zeugen hierfür den Geschäftsführer Hoffmann. Bei der Vernehmung erklärte Hoffmann, er könne über N. nicht das mindeste ausagen, er sei ein ruhiger, anständiger Arbeiter gewesen, mit dem er nie Differenzen gehabt habe. Nach Vernehmung weiterer Vorgesetzter und nachdem bei den Verhandlungen, nachgewiesen wurde, daß Braumeister Müller selbst N. sagte, er sei ein tüchtiger Arbeiter, er könne sich himmeln, wo er wolle, konnte N. die Arbeit wieder aufnehmen.

Kurze Zeit nach diesem Verhandlungstermin konnte der Geschäftsführer Hoffmann seine Arbeiten nicht mehr richtig machen, er wurde vom Braumeister Müller und Kellnermeister Baumgartner stets angesprochen, daß er mit seinen Leuten die Arbeit nicht einhalte und die Arbeiter zu früh aus der Arbeit lassen lasse. Braumeister Müller sagte: „Sie müssen mit den Leuten mehr tun. Sie müssen den Leuten mehr auf die Füße treten, das Gradieren sei für sie Nebenache.“ Nach einigen Tagen kam wieder Kellnermeister Baumgartner zu Geschäftsführer Hoffmann und sagte: „Sie müssen die Leute besser antreiben, Sie müssen die Leute mehr schikanieren, Sie dürfen mit den Leuten nicht so gut sein.“

Durch diese fortgesetzte systematische Bearbeitung seitens der beiden Herren hat sich Geschäftsführer Hoffmann wirklich hinreichend lassen und an den Arbeitern sein möglichstes geleistet. Durch die fortgesetzte Hebe hat es der Geschäftsführer auch mit seiner Arbeit weniger genau genommen; die Arbeiter beschwerten sich und mel deten sich zur Direktion, und die Folge war eine Absetzung des Geschäftsführers Hoffmann — und die beiden Herren hatten ihr Ziel erreicht. Hoffmann wurde als gewöhnlicher Aufschieber auf die Schwantalle berufen und bald rief ihm die Schuld und hat er dem Kellnermeister Baumgartner eines Tages zugerufen: „Du bist schuld, daß ich von meinem Posten abgesetzt worden bin, Du mit dem Braumeister Müller.“

Baumgartner wandte sich an die Direktion, und Direktor Barth ließ den Hoffmann zu sich holen und erklärte ihm, Baumgartner sei nicht schuld an seiner Zurücksetzung, sondern er selber, weil er (Hoffmann) seinerzeit am Gewerbegericht nicht zugunsten der Brauerei gesprochen habe, er hätte nicht sagen sollen, N. sei ein fleißiger, ruhiger Arbeiter. Ferner meinte der Direktor Barth noch, er (Hoffmann) sei gar kein Mann mehr, wenn er jetzt hergehe und sage alles aus, was ihm Kellnermeister und Braumeister gesagt hätten.

Dieser Vorgang hat die Verbandsleitung der Direktion durch den Ortsverband der Brauereien von München und Umgebung zugehen lassen. Die sämtlichen Arbeiter der Gaderbrauerei haben in einer Betriebsversammlung zu der Sache auch am 5. Februar d. J. Stellung genommen. Die Versammlung hat festgestellt, daß der Braumeister Müller auf die Zuschrift des Verbandes zu dem Bierfieber S. sagte, die Verbandsleitung tritt jetzt für Hoffmann ein, sie will den Hoffmann in das Subhaus haben, und dich soll ich vom Subhaus raus tun. Mit dieser Behauptung hat der Braumeister offensichtlich die Unwahrheit gesprochen, weil ein solcher Brief an die Brauerei nicht abging; er wollte die Bierfieber gegen die Verbandsleitung schärf machen. Die Betriebsversammlung stellte ferner fest, daß Kellnermeister Baumgartner sagte: „Hätte nur der Brauer N. eine Woche bei mir gearbeitet, ich hätte lieber einen Meind geleistet, damit N. entlassen worden wäre.“ Weiter wurde erklärt, daß Direktor Barth dem Arbeiterausschuß mitteilte, er habe sich ein Buch angeeignet, wo alle Verfehlungen der Arbeiter eingetragen werden, und im Wiederholungsfall solche Arbeiter entlassen werden. Der Arbeiterausschuß sagte sich dann, das gleiche können auch wir machen, wo wir die Verfehlungen der Vorgesetzten eintragen, was auch geschehen ist. Um aber zu erfahren, was die Arbeiterausschußmitglieder von den Arbeitern alles mitgeteilt bekommen, fragte der Kellnermeister die Schublade eines Arbeiterausschußmitgliedes auf, ruinierte das Schloß und nahm von dem dort eingeperrten Notizbuch Kenntnis und legte es später auf den Tisch. Der Kellnermeister, darüber erfreut, sagte es einem seiner Kollegen, daß er das Buch des Ausschusses erhalten habe und auf welche Art; von diesem jedoch aufmerksam gemacht, daß er eingesperrt oder mindestens bestraft werde, meinte Baumgartner, daß dürfe halt niemand sagen. Die Unmutterungen in dem entwendeten Buche über seine Person, wie er den Betrieb geschädigt durch Laufenlassen des Bieres, die vielen Reklamationen der Kundschafft, die miserable Behandlung der Arbeiter in sämtlichen Sparten hat der Kellnermeister wohlweislich nicht zur Kenntnis genommen.

Wie Baumgartner mit den Arbeitern weiter umgeht, sagten auch seine Kollegen, die Vorgesetzten, daß sie den Auftrag erhielten, auf die Brauer N. und S. aufzupassen, die müssen entlassen werden. Die Versammlung erklärte, von all diesen Vorgängen der Direktion berichtet zu haben. Herr Direktor Barth aber läßt über seine Antreiber nichts kommen, weil sie seiner Meinung nach tüchtige Vorgesetzte seien. Ein Beweis, wie die Herren ihren Herrn Direktor Barth selbst einschätzen, konnte auch festgestellt werden, wie der Obermälzer Hader zu einem Mälzer sagte: „Trage dem Direktor nur ein Muster des Malges hin, es ist gleich, was für ein, denn er kennt's ja doch nicht.“ Der Obermälzer muß von jeder gemachten Darge ein Muster vorlegen, es lagen aber mehrere Muster auf dem Tische, weshalb der Mälzer fragte, welches er nehmen soll.

Die Direktion hat alle Ursache, hier nach dem Rechten zu sehen. Was würde sie tun, wenn Arbeiter sich solche Unregelmäßigkeiten zuschulden kommen ließen; würde sie solche noch weiter im Betriebe lassen?

**Müßlingen.** Unsere letzte Versammlung war wohl die bestbesuchte, welche seit Jahren stattgefunden hat; auch der Verlauf derselben hat allgemein befriedigt. Kollege Holzgruber-Ulm befasste sich in seinem Referat mit der Brauereiarbeiter in Wägen, schilderte all die Gefahren, welche dadurch den Brauereiarbeitern drohen, und hob hervor, was besonders in diesen kritischen Zeiten die Organisation alles Gute und Nützliche für seine Mitglieder geleistet hat. In seinen weiteren Ausführungen befasste sich Holzgruber mit den rückständigen Lohn- und Arbeitsverhältnissen, verurteilte die überlange Arbeitszeit, die mangelhafte Entlohnung, sowie den Kost- und Logiszwang, und zeigte an der Hand zahlreicher Beweise, daß nur eine gute Organisation imstande ist, mit diesen mittelalterlichen Einrichtungen zu brechen und den Unternehmern menschenwürdige Lohn- und Arbeitsverhältnisse abzurufen. In den hiesigen Brauereiarbeitern selbst liegt es nur, sich aufzuraffen, sich der Organisation anzuschließen, dann wird man auch mit dem Unternehmern recht bald ein ernstes Wort sprechen können. Die Diskussionsredner äußerten sich im gleichen Sinne und meinten, daß es so nicht mehr weiter gehen kann. Nachdem aber die Unternehmer aus freiem Antrieb an eine Verringerung dieser mittelalterlichen Zustände gar nicht denken, wissen die Arbeiter den Hebel ansetzen. Vor allem ist es aber notwendig, daß sich die Kollegen einen starken Rückhalt in ihrer Organisation sichern, dann werden sich die Unternehmern wohl überlegen, bei diesem kritischen Zeitpunkte berechnete Wünsche der Arbeiter abzuweifen. Nachdem eine Anzahl Kollegen ihren Beitritt zur Organisation erklärten, wurde die gut verlaufene Versammlung mit dem Hinweis zur fleißigen Agitation geschlossen.

**Schw. - Ombd.** Unsere Generalversammlung fand am 23. Januar statt. Nach dem Jahresbericht fanden 12 Versammlungen, darunter eine für Hilfsarbeiter und 2 Betriebsversammlungen, statt. Die Geschäfte wurden in 12 Sitzungen erledigt. Zu dem Vorstandsbericht kam ein Mitglied auf die Biersteuer zu sprechen. Hunderte von Kollegen seien arbeitslos geworden; kleinere Brauereien gingen ein oder werden von den Großbrauereien expropriert, wobei sich das Heer der Arbeitslosen vermehre; eine Entschädigung erhielten diese nicht. Nur für die Zafalarbeiter sei etwas bewilligt worden. Der Württembergische Landtag habe eine Entschädigung gegen die Stimmen der Sozialdemokraten abgelehnt. Von der Zentrumsparthei habe nur Andre dafür gestimmt, ebenfalls in dem Bewußtsein, es lange ja ohnedies zur Ablichung. In Baden sei man in dieser Beziehung weitergegangen. Durch derartige Steuern verliere der letzte Arbeiter das Vertrauen zu den bürgerlichen Parteien; vom Zentrum im Bund mit den Konfessionen sei überhaupt nichts zu erwarten. Die christlichen Arbeiter sollen sich bei ihren Führern bekanken, diese hätten den Ausschlag im Reichstag gegeben. Die Biersteuer hätte man ersparen können und dafür die Erbschaftsteuer machen sollen, davon wäre kein Arbeiter betroffen und bräutlos geworden. Aus dem Kassenbericht ist zu entnehmen: Die Gesamteinnahmen von 1909 betragen 1714 Mark, die Gesamtausgaben 738,25 Mk. An Krankenunterstützung wurde gezahlt 390 Mk., Arbeitslosenunterstützung 62 Mk., außerordentliche Unterstützung 20 Mk., Sierbegeld 75 Mk. An durchgehende Kollegen wurden 18 Mk. bezahlt. Die Lokalkasse hatte eine Einnahme von 165,76 Mk. und eine Ausgabe von 96 Mk. 1908 war der Mitgliederbestand 75, abgereist sind 17, gestorben 1, aufgenommen 2, zugereist, jetziger Stand 62. Der seitherige Ausschuß wurde ohne wesentliche Veränderungen wiedergewählt. Der Vorsitzende gab näheren Aufschluß über die Zentralisation der Lebensmittelindustrie. Es wurde beschloffen, für die nächste Versammlung in dieser Angelegenheit einen Referenten kommen zu lassen. Bei „Verschiedenes“ kam ein Mitglied auf die Tarif-erneuerung zu sprechen, der im April abläuft, das Nötige sei eingeleitet; es liege an den Kollegen, hier den Mann zu stellen. Nur durch fleißigen Versammlungsbesuch, durch Einigkeit werde das erreicht werden, was der Verband für seine Mitglieder will. Behauptung sei, daß es noch Kollegen gebe, die fernstehen und aus einer Schüssel essen, zu deren Kosten sie nichts beitragen. Die Kollegen wägen und hoffen; daß die Tarif-erneuerung einen Fortschritt bringe.

**Kelzen.** In unserer Generalversammlung erstattete Kollege Reischer den Jahresbericht, aus welchem zu entnehmen ist, daß zur Führung der laufenden Geschäfte eine Generalversammlung und ein Mitgliederberaternungen stattfinden müßten. Außerdem son-

